

# Demokratie muss man lernen

**Bildung** Wie macht man aus Jugendlichen mündige Bürger? Wie geht man mit Querdenker-Demonstrationen um? Lehrer müssen demokratische Werte vermitteln, meint Wolfgang Beutel. *Von Thomas Zapp*

Die Demokratie steckt in der Krise, was „Einstellungen, Diskurse und die Parteienlandschaft angeht“, meint Hans Dörr, einer der Initiatoren des Forums Kirchheim 2030. Passend dazu hat das Forum den Wissenschaftler Dr. Wolfgang Beutel von der Leibniz-Universität Hannover eingeladen. Beutel, Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, befasst sich im doppelten Wortsinne mit Demokratiebildung an Schulen. Wichtig bei der Vermittlung demokratischer Werte sind für ihn die drei „Beutelsbacher Gebote“: das Indoktrinationsverbot sowie Kontroversität und Schülerorientierung. Ziel müsse es sein, Schüler in die Lage zu versetzen, sich eine eigene Meinung bilden zu können. Sie müssen aber auch lernen, Themen kontrovers zu diskutieren. Dabei müssen Lehrer die Schüler in die Lage versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und ihre eigene Position zu analysieren. „Demokratie gehört zu den erlernbaren Themen“, sagt er. Wichtig sei das Bewusstsein, dass die Menschenrechte die Grundlage seien. „Es gibt keine verschiedenen demokratischen Systeme.“



Dr. Wolfgang Beutel

Zwar befürwortet Beutel ausdrücklich jugendlich geprägte Bewegungen wie „Fridays for Future“ ebenso wie kritisches Hinterfragen der Corona-Maßnahmen. „Lehrern würde ich als Schullektor aber dringend davon abraten, auf Querdenker-Demos mitzulaufen“, warnt er. Denn da gelte das Neutralitätsgebot der Lehrer, die zudem eine Vorbildfunktion innehätten. Außerdem müsse sich Meinungsäußerung in demokratischem Rahmen bewegen. Auseinandersetzungen mit der legitimierte Staatsgewalt wie bei der jüngsten Querdenker-Demo in Leipzig seien nicht akzeptabel.



Das Projekt „Be Part“ ist ein Beispiel für außerschulische Demokratieerfahrung. *Archivfoto: Markus Brändli*

Das Projekt „Be Part“ ist ein Beispiel für außerschulische Demokratieerfahrung. Archi-  
 wogungen wie „Fridays for Future“ ebenso wie kritisches Hinterfragen der Corona-Maßnahmen. „Lehrern würde ich als Schullektor aber dringend davon abraten, auf Querdenker-Demos mitzulaufen“, warnt er. Denn da gelte das Neutralitätsgebot der Lehrer,

die zudem eine Vorbildfunktion innehätten. Außerdem müsse sich Meinungsäußerung in demokratischem Rahmen bewegen. Auseinandersetzungen mit der legitimierte Staatsgewalt wie bei der jüngsten Querdenker-Demo in Leipzig seien nicht akzeptabel.

Dass die Corona-Maßnahmen am Parlament vorbei zwischen Regierung und Ländern beschlossen wurde und der Gesundheitsminister die Kompetenzen eines Innenministers bekommt, hält er dagegen für problematisch: „Ich war überrascht, wie schnell

Grundrechte eingeschränkt werden konnten. Dass dies nur von einigen Staatsrechtlern kritisiert wurde, hat mir Unbehagen bereitet.“ Dies müsse man auch thematisieren.

Ein anderes Beispiel ist die Abholzung des Danneberger Forsts, die demokratisch beschlossen wurde. „Da habe ich Jugendliche gehört, die Verträge brechen wollten“, sagt er. Das sei besorgniserregend. In einer Demokratie könne man das nicht wollen. Eine „freundliche Diktatur“, etwa im Sinne der Umwelt, sei nicht besser als eine klassische Diktatur, sondern ebenfalls undemokratisch.

Zur demokratischen Entscheidungsfindung gehört Geduld und auch eine gewisse Frustrationstoleranz. Das müsse man erlernen, denn von alleine erkläre sich Demokratie nicht. „Die Frage ist, wie bekommen wir die Jugend dazu, mit langem Atem demokratische Prozesse zu begleiten?“, fragt er. Nur so könnten tragbare Entscheidungen für die Gesellschaft gefunden werden. Und je früher sie daran teilhaben würden, umso besser. Deswegen ärgert ihn der Satz von FDP-Chef Christian Lindner, Klimaschutz sei „eine Sache für Profis“.

Sich eine Meinung bilden zu können, sei Voraussetzung für eine Willensbekundung. „Wer nichts will, wird in einer Demokratie verlieren“, sagt Wolfgang Beutel. Dafür sieht er die Schule als wichtigen Raum.

## Was Schule leisten kann und was nicht

**Die Schule an sich** ist in ihrer inneren Struktur nicht demokratisch, sondern ein beschränkter Rechtsraum, erklärt Dr. Wolfgang Beutel. „Der Unterricht schränkt die Bewegungsfreiheit ein. Der Lehrer hat die pädagogische Freiheit, nicht alles demokratisch abstimmen zu lassen, etwa wann er eine Prüfung macht“, sagt er. Man müsse sich klar machen, dass die Institution Schule den Unterricht nicht in erster Linie für die Kinder ausrichte, sondern für die Gesellschaft.

**Demokratie ist** nach dem amerikanischen Philosophen John Dewey aber auch eine „Form des Zusammenlebens“. Zentral dabei sei die Eigenverantwortung, sagt Beutel. Der Einzelne sei Teil des Staates und müsse lernen, mit einer pluralen Gesellschaft umzugehen. Dazu gehöre auch die Globalisierung. „Es gibt kein Zurück zu überschaubaren Verhältnissen“, sagt er. Dies könne man auch in der Schulgemeinschaft erfahren, welche die Vielfalt der Gesellschaft abbilde.

**Außerdem empfiehlt Beutel,** außerschulische Aktivitäten zu stärken, sich etwa in der Gemeinde an Entscheidungen zu beteiligen. Beutel empfiehlt, die Schule als Ganzes zu betrachten, „nicht als eine Ansammlung von Fächern“. Dazu gehörten etwa auch die Schülervertretung, die sich über die Jahre weiterentwickelt habe und heute mehr diskutierte als Themen wie „Milchversorgung und Kultur“. Die Demokratieerziehung sei eine Schulentwicklungsaufgabe, die nicht nur auf ein Fach beschränkt sei: „Eine demokratische Atmosphäre begünstige den Lernprozess in allen Fächern.“ Wichtig seien auch fächerübergreifende Projektarbeit, AGs und außerschulische Angebote. *zap*

## Radfahrer haben freie Bahn – auch bei Rot

**Verkehr** In der Ziegelstraße in Kirchheim dürfen Radler jetzt auch bei Rot rechts abbiegen.

**Kirchheim.** Den ersten Radler-Grünpfeil in Kirchheim hat Bürgermeister Günter Riemer an der Ampel in der Ziegelstraße montiert. Das neue Verkehrszeichen erlaubt Radfahrern das Rechtsabbiegen auf die Schöllkopfstraße in Richtung Bahnhof auch bei einer roten Ampel – vorausgesetzt, sie

haben kurz angehalten und sich vergewissert, dass freie Bahn ist.

Im April ist eine Reihe von Änderungen der Straßenverkehrsordnung in Kraft getreten. Unter anderem wurde so auch der Grünpfeil für Radfahrer möglich. Für die Verkehrsteilnehmer ändert sich an der eigentlichen „Grünpfeil-Regelung“ nichts: Es darf, nachdem die Radler angehalten haben, auch bei Rot rechts abgelenkt werden, wenn andere Verkehrsteilnehmer dabei nicht behindert oder gefährdet werden. Neu ist jedoch, dass es dieses Verkehrszeichen durch den Zusatz „nur Radverkehr“ ausschließlich Radfahrern freie Fahrt gestattet.

„Gleich nach der Einführung des neuen Verkehrszeichens hat sich die Verkehrskommission auf Vorschlag der Initiative „Fahrrad“ gemeinsam mit uns mit der Nutzung dieser neuen Möglichkeit beschäftigt“, erklärt Günter Riemer, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg.

Das Fazit fiel einhellig positiv aus, die Verkehrskommission konnte sich in der Ziegelstraße einen Grünpfeil für Radfahrer gut vorstellen. „Diese Stelle eignet sich besonders gut für dieses Verkehrszeichen, weil der aus der Ziegelstraße kommende Radweg nach dem Rechtsabbiegen als Radschutzstreifen auf der Schöllkopfstraße weitergeführt wird. Somit besteht für Radfahrer kein Grund mehr, auf den Gehweg auszuweichen“, erläutert Thomas Bantzhaff, Mobilitätsbeauftragter der Stadtverwaltung Kirchheim.

Dass es in Kirchheim noch weitere Grünpfeile für Radfahrer an weiteren Stellen im Stadtgebiet geben wird, ist nicht ausgeschlossen. „Wenn es weitere Orte gibt, an denen es sinnvoll erscheint, werden wir dies prüfen“, sagt Thomas Bantzhaff. *pm*



Bürgermeister Günter Riemer (auf der Leiter) und Thomas Bantzhaff, Mobilitätsbeauftragter der Stadtverwaltung Kirchheim bringen den Grünen Pfeil für Radfahrer an. *Foto: pr*

## WELT-DIABETES-TAG · 14. NOVEMBER

**SCHÜTZE DICH VOR TYP-2-DIABETES**

## Wie hoch ist Dein Risiko?

Teste Dich auf [www.diabinfo.de](http://www.diabinfo.de)

Angeboten von:



Initiiert von:



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages